

Binh, am 9. April. Jeder Gläubige sei verpflichtet, aus der Kraft seines Glaubens heraus „Haltung zu bewahren“ und ruhig die jeweilige Situation zu prüfen. In der Hoffnung auf eine baldige Besserung der Lage unterstütze die Kirche keine Armee als „spezifisch katholisch“ und ermuntere auch nicht zur Flucht ihrer Gläubigen ins Ausland. „Wie alle Vietnamesen“ seien auch die Katholiken generell aufgerufen, ihren Beitrag zur Wiedergewinnung von Frieden und Eintracht unter allen Vietnamesen zu leisten (vgl. La Croix, 11. 4. 1975). Kurz zuvor hatte sich der Erzbischof bereits dem Votum des südvietnamesischen Senats für einen sofortigen Rücktritt des Präsidenten angeschlossen. Gegenüber Journalisten erklärte er, die Kirche werde auch unter gewandelten politischen Verhältnissen leben müssen: „Wir haben unter einem nationalen Regime

gelebt und wir werden auch unter einem anderen Regime weiterleben — die Kirche steht über jeder zeitlichen Ideologie.“

Hoffnungen auf bessere Ausgangslage

Mag bei manchen Äußerungen und Handlungen der letzten Wochen auch Pragmatismus eine Rolle gespielt haben, so ist doch die Bereitschaft, sich auf die neue Lage einzustellen, nicht zu übersehen. Einige Hoffnungen macht man sich dabei auf positive Auswirkungen der vatikanischen Ostpolitik. Vielfach wird geäußert, die Kontakte von Papst Paul VI. zu Nordvietnam und zum Vietcong hätten eine ganz andere Ausgangslage für die Kirche unter kommunistischer Herrschaft geschaffen, als dies 1949 in China oder

1954 in Vietnam der Fall war. Die anscheinend von dem raschen Erfolg selbst überraschten und für die Verwaltung der hinzugewonnenen Gebiete nur wenig vorbereiteten Kommunisten haben sich nicht nur an die kirchlichen Hilfsorganisationen mit der Bitte um materielle Hilfe für die Menschen in ihrem Gebiet gewandt, sondern in einem „Zehn-Punkte-Programm für die Führung der Kadereinheiten und das Personal in den besetzten Gebieten Südvietnams“ auch eine „Garantie für die Freiheit des Glaubens und der Gleichheit aller Religionen“ versprochen. Skeptiker allerdings meinen, die Erfahrung habe gezeigt, daß anfänglich immer eine Phase der Beruhigung zugebilligt wird, der dann die härtere Linie folgt. Denkt man an die Situation der Kirche in Nordvietnam, so läßt sich nicht gerade auf eine gute Zukunft hoffen. N. S.

Interview

Mitverantwortung in der Kirche

Ein Gespräch mit Staatssekretärin Hanna Renate Laurien

Auf der kommenden Vollversammlung wird die Gemeinsame Synode u. a. die Vorlage über „Verantwortung des ganzen Gottesvolkes für die Sendung der Kirche“ in zweiter Lesung beraten und sie vermutlich verabschieden. Wir sprachen darüber mit Staatssekretärin Hanna Renate Laurien. Frau Laurien ist Vizepräsidentin der Synode und geschäftsführendes Mitglied des ZdK. In dem Gespräch ging es weniger um die Vorlage und die darin enthaltenen Vorschläge (dazu vgl. den Vorbericht auf die nächste Sitzung der Synode S. 248 ds. Heftes), sondern vor allem um den institutionellen und psychologischen Hintergrund, auf dem Mitverantwortung aller, speziell der Laien, in der Kirche heute stattfindet und durch den diese auch begrenzt wird.

HK: Frau Dr. Laurien, Strukturfragen standen als Folge des Zweiten Vatikanums lange Zeit im Mittelpunkt kirchlicher Auseinandersetzungen. In letzter Zeit scheint die

Entwicklung ins Gegenteil zu gehen. Fragen kirchlicher Mitsprache und Mitverantwortung werden kaum noch diskutiert. Heißt das, die Probleme sind fürs erste gelöst, oder handelt es sich um den vorzeitigen Abbruch eines noch nicht gefestigten Reformprozesses?

Laurien: Ich glaube, man muß beides aufnehmen. Am Anfang hat es eine spürbare Gremieneuphorie gegeben. Als ob man nur Gremien schaffen müßte, um die Probleme zu lösen. Bei manchem hat sich inzwischen Ernüchterung eingestellt, wobei Ernüchterung ja nicht Resignation bedeutet. Auf jeden Fall ist die Einsicht gewachsen, daß die Probleme vorhanden sind, mit oder ohne Gremien. Zum zweiten hat man inzwischen wohl verstanden, daß Strukturänderungen allein nicht reichen: Wenn ich erfüllt bin von Kirche, von Glauben, vom christlichen Weltauftrag, von brüderlicher Begegnung, vom Willen zur Zusammenarbeit, dann finde ich meine Form. Wenn ich aber

eine Form aufstülpe und darauf setze, daß sie Zusammenarbeit hervorruft, dann führt das leicht zur Enttäuschung. Und vielleicht noch eine Bemerkung: Wenn wir die Situation heute mal mit der von vor zwanzig Jahren vergleichen, dann ist sicher ein größeres Maß an mitbrüderlicher Gestaltung verwirklicht. Bestimmte krasse Formen des Alleinvollzugs sind heute nur selten vorstellbar.

„Jetzt rückt eine Schicht nach, die das Miteinander gelernt hat“

HK: Ganz rudimentär gefragt. Ist die Grundschwierigkeit einer sachgerechten kirchlichen Mitverantwortung und Mitsprache nicht doch einerseits darin zu sehen, daß die Geistlichen nach Lebensstil und Ausbildung die Kirche, die Gemeinde und was damit zusammenhängt als ihre Domäne verstehen, während der Laie, gerade der Laie, der nicht täglich die Kirchenbänke drückt, die Kirche gerne dem Spezialisten, dem „Pfarrer“, dem Theologen, dem Pastoralfunktionär überläßt, es sei denn, er kann darin eine Rolle spielen, zu der er anderswo nicht findet?

Laurien: Ja, das sind zwei Punkte, auf die wir ein bißchen eingehen müssen. In den Forschungsberichten von Gerhard Schmidtchen über die Umfragen unter Katholiken und unter Priestern hat mich ein Ergebnis tief beeindruckt. Von denen, die jeden Sonntag zur Kirche gehen, den sog. Dominikanten, haben 49 Prozent erklärt, sie würden unter keinen Umständen bereit sein, irgendeine Mitfunktion in der Kirche zu übernehmen. Wenn also schon von den regelmäßigen Kirchgängern 49 Prozent sagen, sie seien unter keinen Umständen bereit, eine Mitverantwortung zu übernehmen, dann ist das natürlich kein Gemeindevollzug. Und dann stellt sich die Frage: Wer findet sich zur Übernahme solcher Aufgaben überhaupt bereit? Es kann wirklich der sein, der den Dialog mit allen sucht, aber es kann auch der Wichtigtuer sein, der seine Mitarbeit nicht sieht unter der Überschrift: welcher Dienst ist gefragt, sondern, welche Rolle kann ich spielen?

HK: Heißt das konkret, daß sich Gremien kirchlicher Mitverantwortung vor Leuten hüten müssen, die in der Kirche nach einer Ersatzrolle suchen, die sie im politischen Raum, in den örtlichen Gremien und im Verbandsbereich nicht ohne weiteres finden?

Laurien: Das kann es geben. Ich habe es eben angedeutet, als ich von dem Typus sprach, der zuallererst nach seiner Rolle fragt. Das möchte ich aber nicht von der Mehrzahl der Räte behaupten; eher würde ich von einer möglichen Fehlentwicklung sprechen, auf die es achtzugeben gilt. In der Mehrzahl setzen sich die dialogfähigen Partner in den Pfarrgemeinderäten mehr und mehr durch. Nach einer ersten Phase, die noch stärker von Honoratioren beherrscht war, rückt jetzt bereits eine Schicht nach, die das Miteinander gelernt hat. Ich muß aber noch einmal auf den

Priester kommen. Der Priester verstand sich doch früher als jemand, der ganz in der Leitungsaufgabe aufging. Die Regelung, die sich heute in manchen Diözesen durchgesetzt hat, daß im Pfarrgemeinderat ein Laie Vorsitzender sein kann und der Priester nur dem Vorstand angehört, während in anderen Diözesen der Priester den Vorsitz führt, wäre in nicht allzuferner Vergangenheit nicht vorstellbar gewesen. Ich bin der festen Überzeugung, daß die gesamte dialogische Struktur in unserer Kirche das Leitungsamt des Priesters nicht antasten, wohl aber das Miteinander ermöglichen soll. Diese dialogische Struktur setzt eine Priesterausbildung voraus, in der man den Umgang miteinander lernt.

„Wichtiger ist, zur Mitarbeit herausfordern als alle Bereiche selber tragen“

HK: Wie soll dann die Priesterausbildung aussehen bzw. welche neuen Elemente wären in sie aufzunehmen, damit die von Ihnen geforderte Wirkung erreicht wird?

Laurien: Ein erster Ansatz wären Praktika, die außerhalb des rein kirchlichen Bereichs durchgeführt werden. Die gibt es heute schon. Zum zweiten soll der Theologiestudent während der Probezeit in der Gemeinde ganz bewußt auch in die Tätigkeit der Pfarrgemeinderäte miteinbezogen werden. Und ich würde noch einen Schritt weitergehen. Es sind ja nicht nur diejenigen, die nachwachsen. Ich denke in erster Linie an diejenigen, die bereits im Amt sind. Einstellungen ändern sich ja nicht über Nacht. Deshalb wären meiner Meinung nach auch Fortbildungsmodelle zu entwickeln, die sich nicht auf theologische Probleme beschränken und die nicht nur unter Mitbrüdern stattfinden, sondern für Pfarrgemeinderäte und Priester gemeinsam veranstaltet werden. In ihnen kann man lernen, wie man sich streitet und wie man sich wiederfindet.

HK: Würde das im Ergebnis nicht zu einer Klerikalisierung derer führen, die in den kirchlichen Gremien mitwirken? Ist es nicht sehr viel wichtiger, daß der Priester im Vollzug der Seelsorge und in seiner Ausbildung lernt, in die verschiedenen Erfahrungsbereiche der heutigen Christen hineinzusehen und die verschiedenen Erfahrungsbereiche zum Aufbau und zum Wohle der Gemeinde u. a. auch über die Räte zu organisieren. Ist der Geistliche darauf genügend vorbereitet?

Laurien: Das ist er sicherlich nicht. Aber ich hatte eben einen etwas anderen Ansatz, insofern ich von denen sprach, die schon im Amt sind, die in ihrer Ausbildung wenig über moderne Menschenführung gelernt haben, die noch nicht mit den Grundkenntnissen der Psychologie vertraut gemacht worden sind, ja die sich sogar wehren. Dennoch sollen sie, da sie ja manchmal noch zwanzig Jahre vor sich haben, mit diesen Dingen leben. Mancher fürchtet sich vor

den neuen Formen, vor den Konflikten, die darin stecken, vor den vielen Gesprächen, die oft nötig sind. Nur an diesen Teil hatte ich bei meinem Vorschlag einer gemeinsamen Fortbildung gedacht. Es sollen Ängste abgebaut werden. Daß es für den Nachwuchs notwendig ist, in weltlichen Bereichen Erfahrungen zu machen, um sich anregen zu lassen und anregen zu können, dem pflichte ich selbstverständlich bei. Es ist ja viel wichtiger, daß der Priester lernt, wie er jemanden zur Mitarbeit herausfordert, als daß er alle Bereiche selber trägt. Ich will aber auch ganz deutlich sagen: Wenn wir über mangelnden Priesternachwuchs klagen und zugleich ein Berufsbild des Priesters hinstellen, von dem immer mehr Funktionen abgespalten werden, dann ist klar, daß der Priesterberuf wenig anziehend ist: den Bauausschuß kann ein Architekt leiten, den Steuerbeirat bilden Finanzleute, mit dem Predigen kann ein Lehrer beauftragt werden, die Verbandsarbeit kann auch jemand anderer machen. Ich überziehe bewußt, aber wenn ich unter der Überschrift Mitverantwortung ein Priesterbild hinstelle, das von allen Leitungs- und Gestaltungsfunktionen entblößt wird, dann darf ich mich nicht wundern, daß dieses Priesterberufsbild keine Anzugskraft auf gestaltungsfreudige Menschen hat.

HK: Gehen also Mitsprache und Mitgestaltung auf Kosten der Gestaltungsaufgaben des Pfarrers und Bischofs?

Laurien: Das würde ich nicht sagen, aber für mich hat bei dem klaren Ja zum Mitgestalten, die Forderung nach einem Berufsbild für den Priester, das nicht so aussieht, als ob eine Funktion nach der anderen abbröckelt, und am Schluß nur noch die Zelebration übrigbleibt, Vorrang. Hauptaufgabe des Geistlichen ist es, als Leiter der Gemeinde für ihre Einheit Verantwortung zu tragen, das ist eine eminent gestaltende Aufgabe. Und kirchliche Mitverantwortung heißt zunächst danach fragen, wo sind Gestaltungsräume für die anderen, wie kann ich Talente freisetzen, um damit reiche Gemeinde im menschlichen Bereich zu sein.

HK: So ganz kann ich Ihrer Argumentation über den drohenden Funktionsabbau des geistlichen Amtes nicht folgen. Sicher ist die Aufgabe der Geistlichen, des Pfarrers, natürlich auch des Bischofs eine eminent gestalterische, aber als gestalterische sicher eine ebenso eminent geistliche. Meist hat man doch den Eindruck, der kirchliche Amtsträger leide mehr unter zu vielen Tätigkeiten, manchmal auch Geschäftigkeiten, als unter zuwenig Funktionen bzw. Gestaltungsaufgaben ...

Laurien: Aber haben sie immer die richtigen?

HK: Gerade das war eben mein Problem. Die Frage ist doch, ob nicht gerade wesentliche Aufgaben, die Qualität der Verkündigung, die Anregungskraft für religiös-geistliche Kommunikation ausfallen oder wenigstens zu kurz kommen ...

Laurien: Dazu möchte ich sagen: Ich habe deshalb Leitungsfunktion des Priesters als Gestaltungsaufgabe so in den Vordergrund gerückt, weil immer wieder der Eindruck entsteht, dem Priester würden nur Funktionen durch Laien genommen und nicht, daß er dadurch für seine eigentlichen Aufgaben frei wird. Daß die von Ihnen genannten zentralen Aufgaben öfters zu kurz kommen, möchte ich gerade nicht leugnen und noch weniger, daß diese besonders wichtig sind. Es gibt z. B. in unserer Zeit einen richtigen Hunger nach Gespräch bei vielen Menschen. Bei Taufgesprächen etwa — dort übrigens noch mehr als bei Brautgesprächen — machen Geistliche solche Erfahrungen. Aber auch in anderen Gesprächen, wenn Menschen Probleme ansprechen, wenn sie überhaupt anfangen geistlich zu fragen oder wo sie an die Grenzen des Lebens kommen, bei Begräbnissen etwa, wo der Geistliche mit Leuten zusammenkommt, die er sonst nie sieht. Hier geistlich kommunikativ zu sein, indem Fragestellungen erst einmal geweckt werden, ist wohl eine zentrale Aufgabe eines jeden Christen, aber des Priesters ganz besonders. Die verschüttete Transzendenz bei uns ist ja sicher eine Wurzel vieler Ängste und vieler Nöte. Hier hätte der Priester eigentlich ein missionarisches Feld, wobei ich missionarisch nicht „kriegerisch“, sondern helfend verstehe und keinen Gegensatz zwischen missionarisch und pastoral setze. Und genau diese Felder meinte ich, als ich sagte, es fehle ein Berufsbild, das die eigentliche Funktion des Priesters deutlich macht. Wenn ich heute den normalen jungen Mann frage, was denn ein Priester tut, dann sagt er: der heiratet nicht, er zelebriert die Messe, Beichte hört er heute nicht mehr soviel, er baut Kirchen oder schlägt sich mit dem Pfarrgemeinderat herum. Deshalb will ich es noch einmal in den einen Satz fassen: ich bin für die Mitgestaltung, nur meine ich, sie darf nicht erscheinen, wie sie es zum Teil tut, als Abbau von Tätigkeitsfeldern, sondern sie muß sichtbar machen, daß es ein Freiwerden oder ein Freimachen für die eigentliche Aufgabe ist. Das müssen wir in die Diskussion über kirchliches Amt und Mitverantwortung stärker einbringen.

„Sich nur auf ein Gremium zu berufen ist keine Antwort“

HK: Die Frage nach der Gestalt des geistlichen Amtes ist die eine Seite, auf der kirchlicher Mitsprache Grenzen gesetzt werden. Aber als viel enger erweisen sich u. U. Grenzen, die durch die hierarchische Ordnung (entweder durch sie selbst oder durch ihre jeweilige bischöfliche Interpretation) aufgerichtet werden. Bleibt die Mitwirkung der Laien in Entscheidungsprozessen in der hierarchisch gegliederten Kirche nur äußere Zutat?

Laurien: Selbstverständlich bedarf der Bischof der Beratung, auch der erkennbaren Beratung. Grenzen wir einmal Personalentscheidungen ab. Ich halte wenig davon — trotz der heutigen Euphorie —, Personalentscheidungen an

Gremien zu übertragen, denn dann ist niemand verantwortlich. Es muß die Letztverantwortung einer Person gegeben werden. Im Staat ist das der dem Parlament verantwortliche Minister. Wenn er grobe Fehler macht, muß er zurücktreten. Doch auch das wird sich in der Kirche anders verhalten. Wir können nicht die politisch-demokratische Struktur unmittelbar auf sie übertragen. Wir haben auch nicht das Mitbestimmungsmodell der Tarifpartner auf sie zu übertragen. Wir haben aber ganz sicher vom Brudergedanken das Aufeinanderhören im Volke Gottes zu verstärken, und dazu gehört auch, daß sich ein Bischof nicht nur pro forma einen Rat anhört, sondern dazu gehört der wirklich hinhörende Bischof und Priester.

HK: So wie Sie es schildern, ist das aber kaum ein theologisches, eher ein politisches Problem, um nicht zu sagen ein solches der richtigen Verwaltungsökonomie . . .

Laurien: . . . auch, nicht nur! Es gibt keinen Wert des Christentums, der nicht demokratiefähig wäre. Das ließe sich hier sogar von der personalen Struktur des Glaubens her begründen: Ich habe dich bei deinem Namen gerufen. Du hast ein Stück unaufgebare persönliche Verantwortung. Sich da auf ein Gremium zu berufen, ist keine Antwort.

HK: Das Thema Mitentscheidung im Personalbereich wird vielleicht gerade von solchen strapaziert — von beiden Seiten —, die nicht bruderschaftlich, sondern in Kompetenz —, um nicht zu sagen in Machtkategorien denken. Aber Personalfragen sind nicht alles; es kann um die Verabschiedung eines Pastoralplanes, um die geistlichen und sozialen Schwerpunkte der Aktivität in Diözesen und Gemeinden gehen . . .

Laurien: Daran dachte ich durchaus. Um es konkret zu machen: Nehmen wir einmal an, die finanziellen Ressourcen würden kleiner. Dann wird eine Diözese sich fragen müssen, welchen Aufgaben sie die Priorität gibt. Da kann die Alternative — wenn wir einmal in der sozialen Sparte bleiben — heißen: Kindergärten, Schulen oder Sozialstationen. Wenn alle drei nicht gleichzeitig gehen, dann finde ich, kann der Bischof nicht allein entscheiden. Das kann heute auch keiner mehr!

HK: Na ja, vielleicht tut es mancher doch.

Laurien: Ja, mir fallen auch schon Ausnahmen ein, auch solche, wo Beratung als Alibi benutzt wird. Aber wie immer dem sei, es bleibt: eine solche Entscheidung muß diskutiert und auch mitentschieden werden von dem zuständigen Gremium. Welche Struktur dieses Gremium haben soll, darüber brauchen wir uns jetzt nicht lange zu streiten. Die Synode wird sich dazu ja in der nächsten Vollversammlung äußern. Aber es muß möglichst gemeinsam entschieden werden, ob in der heutigen Situation die Sozialstation, durch die ich in die Familie hineinhelfe oder

z. B. ob Schule das Wichtigere ist, weil dort inhaltliche Freiheit gegenüber einer vom Staat her drohenden Indoktrinierung verwirklicht werden kann. Ich würde unter bestimmten Umständen die kirchlich getragene Schule als Fanal der Freiheit mit einer hohen Priorität ausstatten. Wir haben das Problem jetzt nicht zu entscheiden. Ich wollte aber sagen, daß dies ein Mann allein nicht entscheiden kann, sondern es muß eine echte Beratung vorausgehen, es muß eine Schwerpunktbesezung, ein geistiger Strukturplan zustande kommen.

„In diesen Tagen erleben wir ein wenig erfreuliches Beispiel“

HK: Sind Bereitschaft und Erfahrungen so gereift, daß sich sagen läßt, so wie Sie es für den Sozialbereich skizziert haben, geschehe es auch?

Laurien: Die Situation ist zweifellos noch sehr entwicklungsfähig, aber es gibt Ansätze. Und jeder hat seine persönlichen Erfahrungen. So wie hier in Mainz, wenn etwa die Debatte über den Schulentwicklungsplan der Diözese in den entsprechenden Gremien mit Ausführlichkeit geführt und vorbereitet wird von Fachausschüssen und wenn der Bischof sich nicht hinsetzt als einer, der alles vorweg weiß, sondern die Entscheidung durch eine breite Sachdiskussion vorbereitet wird. Oder wenn Bischöfe für einen Hirtenbriefentwurf nicht ein Thema, sondern mehrere als Alternativen in die Debatte geben und durch Rückmeldungen feststellen lassen, welches Thema Schwerpunkt sein soll, u. U. nicht nur des Hirtenbriefes, der nur einmal verlesen wird, sondern des seelsorglichen Bemühens in der Diözese. Ich sage allerdings ebenso deutlich, daß dies erst Ansätze sind, Hoffnungszeichen innerhalb einer sonst nicht so strukturierten Landschaft.

HK: Wenn wir davon ausgehen, daß sich die Entwicklung, wie Sie sie jetzt beschrieben haben, durchsetzt, also allgemeine kirchliche Praxis wird, wächst dann mit dem Ausbau von Beratung und Mitentscheidung die Trendanfälligkeit (einmal mehr nach links, einmal mehr nach rechts, meist wahrscheinlich mehr zur Beharrung als zum Überschwang) der Gremien und mit ihnen des kirchlichen Lebens? Wie läßt sich solches vermeiden?

Laurien: Ehe ich darauf antworte, möchte ich die Gefahr noch etwas vertiefen. Solche Gremien sind in dem Moment, wo sie sich betätigen, auch erkennbare Machtgruppen, und sie sind dann ganz sicher — sonst wären wir nicht in dieser Welt — Beeinflussungen von außen ausgesetzt. Es werden Politiker, übrigens ganz legitim, mit ihnen Kontakt suchen und dabei jeweils um Verständnis für die Sicht der Probleme werben, die ihnen als die richtige erscheint. Da gibt es nun viele Spielarten. Daß solche Gremien angreifen oder unterstützen müssen, ist selbstverständlich, aber das soll nicht zu einer Blockbindung führen. Um es ganz

konkret zu sagen: Ein Pfarrgemeinderat, ein Diözesanrat oder Pastoralrat darf nicht auf Gedeih und Verderb immer die CDU stützen oder die CDU angreifen, sondern er muß zu Sachfragen Stellung nehmen.

HK: Aber wie lassen sich solche einseitigen Festlegungen überhaupt verhindern?

Laurien: Wir brauchen mehr geistliche Vertiefung — in Form von Exerzitien oder in Form von vertiefenden Studien- und Gesprächsangeboten. Es ist schon grauenvoll, wenn man im politischen Bereich nur noch Funktionär ist. Im kirchlichen Bereich ist es noch schlimmer, wenn man sich nicht Zeit nimmt, nach den Gründen und Zusammenhängen des Tätigseins zu fragen, wenn es nur noch Leerlauf gibt. Ein kirchliches Gremium ist nicht nur „Sozialstation“, nicht nur Wirken in der Welt, sondern es muß die geistliche Seite da sein, deswegen gemeinsame Meßfeiern, Gebet, Einkehr. Die ideologiekritische Kraft des Evangeliums muß so für uns selbst in allen Einzelfragen immer wieder spürbar werden.

HK: Es müßte in der Kirche wohl so etwas wie einen spezifisch geistlichen Verhandlungsstil geben, aber setzt ein solcher als allererstes nicht etwas sehr Profanes voraus: mehr Sachlichkeit, Ringen um den bestmöglichen Beschluß um der Sache wegen, ohne viel aus dem bürgerlichen Leben übernommene kleinkarierte „Politik“?

Laurien: Gewiß. Das gemeinsame Gebet wird zur Farce, wenn vor einer gemeinsamen Beratung z. B. mit zwei Leuten Vorabsprachen getroffen und die anderen über den Löffel gehauen werden. Eine solche Diskrepanz ist im kirchlichen Bereich noch weniger erträglich als im weltlichen. Innerhalb unserer, auch unserer hohen Geistlichkeit, herrscht nicht selten noch ein Verhandlungs- und Beratungsstil, eine Art Konflikte auszutragen, mit der man hinter den Gepflogenheiten im staatlichen oder im wirtschaftlichen Bereich zurückbleibt. Man fürchtet noch die Offenheit und pflegt die Neigung zur *Chambre-séparée*-Politik. Als die Synode begann, fürchtete man sich, den Synodalen eine unbequeme Entscheidung mitzuteilen, ich erinnere z. B. an die Auseinandersetzung um die Zulassung einer Vorlage zu den „*viri probati*“. Man dachte, es gäbe einen Aufstand. Als man aber erfuhr, daß man nicht Aufstand, sondern Sachkritik und Auseinandersetzung und am Ende u. U. sogar Konsens ernten kann, wenn man eine unbequeme Entscheidung mitteilt und begründet, hat man daraus gelernt. Die Deutsche Bischofskonferenz, die am Anfang der Synode ihre Stellungnahmen zu den Vorlagen geheim hielt, die Synodalen erst in der Aula damit sanft oder unsanft konfrontierte, gibt sie heute Wochen vorher bekannt. Dies ist ein Stück der Versachlichung, von der Sie vorhin gesprochen haben. Die Synode hat nicht „alles neu gemacht“, aber sie hat zu einer gewissen Umakzentuierung des Verhandlungsstils beigetragen.

HK: Es sieht aber weiterhin danach aus, als ob man durch autoritäres Gebaren Sachlichkeit behindert und Autorität gerade durch ihre Überstrapazierung verspielt . . .

Laurien: Das ist richtig. In diesen Tagen erleben wir ein wenig erfreuliches Beispiel. Die Vorlage „Verantwortung des ganzen Gottesvolkes für die Sendung der Kirche“ steht in der Synode zur 2. Lesung an. Jahrelang haben führende Laien mit Vertretern der Bischofskonferenz über einige darin enthaltene Themen, z. B. über die Formen der Zusammenarbeit beraten. Jetzt hat die Bischofskonferenz ihre Stellungnahme ohne Beratung mit den Betroffenen recht plötzlich verabschiedet. Ein Brief des Zentralkomitee-Präsidenten an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, wieso es zu solch plötzlichem Entschluß kam, ist noch ohne Antwort. So kann Autorität auch geschwächt werden — wenn sie Verhandlungen durch Beschlüsse ersetzt, wenn das Amt strapaziert wird, wo Sachlichkeit, Offenheit, Fairneß, Vertrauen genügen.

„Verbände sind außerordentlich wichtig, gerade weil sie nicht amtlich verfaßt sind“

HK: Die Ausweitung kirchlicher Mitsprache, die Gründung neuer kirchlicher, auch die Laien repräsentierender Gremien hat, zunächst jedenfalls, zu einer Verunsicherung der Verbände geführt. Verbände erweckten den Eindruck, als ob sie befürchteten, es würden ihnen Aufgaben entwendet. Die Räte neigen vielleicht dazu, auf Laienarbeit auch in solche der Verbände regulierend oder dirigierend einzuwirken. Wie ist da der Erfahrungsstand?

Laurien: Das, was Sie schildern, hat es ganz gewiß gegeben, und jeder könnte es belegen. Ich meine aber, daß es nicht mehr die heutige Situation kennzeichnet. Einmal hat die Erfahrung gezeigt, daß es so viel Aufgaben gibt, daß für beide reichlich Platz ist. Hier hat auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken eine gute Wirkung gehabt. Zuerst hatte es eine fast monolithische Verbändestruktur, dann kamen Rätevertreter hinein, und zwar zuerst durch designierte Räte, dann erfolgte die Umstellung auf die gewählten. Heute ziehen Diözesanvertreter und Verbandsvertreter an einem Strang. Ich persönlich halte die Verbände für außerordentlich wichtig, gerade weil sie nicht amtlich verfaßt sind. Ich weiß, daß mein Vergleich etwas hinkt, aber ich ziehe ihn doch mit einem gewissen Vergnügen: So wie es notwendig ist, daß die Orden innerhalb der Kirche eine gewisse Freischärlerrolle, nein, sagen wir besser: eine Pionierrolle spielen und nicht so der Diözesanstruktur unterworfen sind, so können Verbände anders in die Gesellschaftsstruktur hinein antworten, als es ein Diözesanrat kann. Nehmen Sie Familien- oder Frauenverbände. Ein Diözesanrat kann sich zwar Einzelprobleme dieser Fragen, meinetwegen der Frau in der Gesellschaft, zu eigen machen, er kann aber nicht spezielle Fragestellungen dieser Gruppe, ihre spezifischen Interessen in

die gesellschaftliche Auseinandersetzung einbringen. Genau das kann der Verband, und er kann es vom christlichen Standpunkt her, so daß er damit nicht nur gesellschaftliche Fragen in die Kirche, sondern auch geistig-geistliche Fragen in die Gesellschaft hineinträgt. Diese Doppelfunktion, bezogen auf konkrete gruppenspezifische Probleme, können nur Verbände wahrnehmen. Allerdings müssen sie sich sozialpflichtig verstehen; diese Debatte haben wir noch vor uns.

HK: Die Sozialpflichtigkeit der Verbände auch im kirchlichen Bereich wäre vermutlich ein Thema für sich. Aber wenn die Verbände so stark die Doppelfunktion haben, Gesellschaft in die Kirche und Geistliches in die Gesellschaft zu bringen, dann ist noch weniger einzusehen, warum eine ausgebaute Rätestruktur die Verbände verunsichern sollte . . . ?

Laurien: Ich habe bereits gesagt, daß dies heute kaum mehr der Fall ist, aber es sind Menschen, die Positionen innehaben. Nehmen wir einmal an, es tauchen Aufgaben der Familien- oder Bildungspolitik auf. Früher fragte man in einem solchen Fall nur den Verband, jetzt spricht der Rat mit. Es ist menschlich, daß man das als Einflußverlust empfindet. Und es kam ja auch vor, daß bestimmte Vertreter der Räte plötzlich Verbandsfeindschaft entwickelten. Es kommt aber — inzwischen eine Binsenwahrheit — nicht nur im kirchlichen Bereich, sondern in der Gesellschaft insgesamt eine Krise der Verbände dazu, aus Gründen, die jetzt wieder unser Thema sprengen würden . . .

HK: Von der Krise der Verbände wird, nachdem sie sich durch den Jugendprotest und neue Formen der Gruppenorganisation verschärft hat, in letzter Zeit wieder weniger geredet. Politisch fürchtet man gegenwärtig eher ihre Mächtigkeit . . .

Laurien: Sie haben recht, die Verunsicherung der Verbände wurde durch die Art, wie die Jugend sich binden oder nicht binden wollte, zunächst verschärft. Die Verbände mußten sich einen notwendigen Reinigungsprozeß gefallen lassen. Aber heute läßt sich bei Verbänden wieder ein größeres Selbstbewußtsein beobachten. Und das ist eine ganz natürliche Entwicklung. Wo allgemeines Wahlrecht gilt, kommen spezifische Interessen nur über spezifische Gruppierungen in die gesellschaftliche Diskussion hinein. Das gilt innerhalb wie außerhalb der Kirche. Es ist deshalb auch für die Kirche wichtig, daß die Vielfalt des Meinungsspektrums über differenzierte Verbände sichtbar wird. Ein Rat hat ähnliche, aber doch andere, breiter angelegte, ich meine in erster Linie koordinierende Aufgaben. Der Rat ist einer Gemeinde oder einer Diözese zugeordnet. Er darf sich nicht als pressure group verstehen. Der Verband hingegen kann eine Aufgabe, die er für wichtig hält, sozusagen mit begnadeter Einseitigkeit vertreten, damit sie in der Gesamtentscheidung angemessen zum Tragen kommt.

HK: Gehen wir fehl in der Annahme, daß *das* Problem kirchlicher Verbände die Tatsache ist, daß sie sich zu sehr daran gewöhnt haben, sich von der Krippe der Kirche zu nähren . . . ?

Laurien: . . . Meinen Sie das finanziell?

HK: Ja, durchaus finanziell, aber mehr noch als geistige Haltung. Und hängt nicht beides zusammen? Wenn Verbände, die von Ihnen beschriebene Doppelfunktion nicht nur für sich fordern, sondern auch realisieren wollen, müssen sie wohl nicht nur eine Eigentätigkeit aufweisen, sondern muß diese im wesentlichen wohl auch selbst finanzieren können . . .

Laurien: Grundsätzlich möchte ich Ihnen zustimmen. In der Praxis gibt es aber große Unterschiede. Es ist m. E. ganz erstaunlich, was z. B. bei Frauenverbänden dort von den Mitgliedern aufgebracht wird. Aber da kann wohl jeder nur für seinen eigenen Erfahrungsbereich sprechen. Was Sie vermissen, das ist nicht nur ein Verbändeproblem. An Initiative und Feuer ist bei uns überhaupt zuwenig da. Nehmen Sie katholische Verbände, nehmen Sie katholische Schulen. Staatlicher als die staatliche Schule zu sein, gewerkschaftlicher zu sein als ein gewerkschaftlicher Verband, das kann doch nicht *die* Aufgabe sein. Leider dominiert die Haltung: „wir sind im wahren Christentum“, zu stark gegenüber dem Leitbild Abrahams, aufzubrechen in eine neue Ferne. Aber wie gesagt, das ist nicht nur ein Verbändeproblem, sondern ein Problem in der Kirche insgesamt.

HK: . . . doch an den Verbänden wird es ganz besonders deutlich . . .

Laurien: Das sei z. T. zugegeben, und vielleicht ist es gut, daß wir es so ansprechen. Wenn es wirklich christliche Gemeinde gäbe, dann wäre ein Taufaufschub nie nötig, weil sich dann ein Pate fände, der sich kümmert. Die Realität sieht aber anders aus: Man hat immer Angst, daß etwas geändert wird, und wenn etwas geändert wird, meint man, da gehe etwas verloren und nicht: da wird etwas frei. Ein großer Konzilstheologe gebrauchte einmal ein Bild: Wenn ich ein riesiges Gebäude vor mir habe und davon Momentaufnahmen machen will, dann bekomme ich nie das ganze Gebäude ins Bild, sondern jedes Foto zeigt immer nur eine Seite. Und alle unsere Änderungen bedeuten: von einer Momentaufnahme zur anderen gehen und jeweils eine neue Seite am ganzen entdecken, von dem ich niemals alle Seiten ins Bild bringen kann. Überall: in der Rätediskussion, in der Verbändediskussion, in der Schuldiskussion, geht es um die geistige Grundhaltung, ob wir Christentum verstehen als einen gelebten Prozeß, in dem es neue Erfahrungen gibt, oder als ein festes Päckchen. Nimmt man mir ein Stück aus dem Päckchen heraus, jammere ich, weil ich weniger habe. Und dann habe ich auch weniger.

„Das ZdK darf auf keinen Fall unter bischöfliche Oberleitung geraten“

HK: Organisatorisch scheint sich eine neue Phase kirchlicher Introversion anzubahnen. Das ZdK, einst aus dem freien Zusammenschluß von katholischen Verbänden und Gruppen hervorgegangen, wird nicht nur immer mehr zum Partner der Bischofskonferenz, sondern gerät als organisatorische Mischung aus Verbänden, Räten und mit der Bischofskonferenz parallelisierten Arbeitsstäben in einen Prozeß der Veramtung...

Laurien: Das sehe ich anders. Das Zentralkomitee war schon seit seiner Gründung nie bestimmt von einer exakten Trennung: hier Laie, dort Priester, sondern es war, wie Sie sagten, der Zusammenschluß der freien Initiativen gegenüber der verfaßten Kirche. Bei den freien Initiativen waren immer Priester dabei. Das ist stets das Besondere gewesen. Natürlich war alles nicht problemlos. Auf der einen Seite war das Zentralkomitee belastet durch die Ausschließlichkeit der Verbände in ihm, und natürlich war es als Konsequenz davon auch mit allen Strukturfragen der Verbände belastet. Auf der anderen Seite standen die entsandten Diözesanvertreter. Heute sind sie gewählt. Damit ist ein Punkt erreicht, den man sicher bedenken muß. Verbände werden ihrem Programm und ihren Zielsetzungen entsprechend Position beziehen. Wonach werden Diözesanvertreter Position beziehen? Einmal sicher — wie auch Verbandsvertreter — nach persönlicher Überzeugung. Zum anderen aber sicher auch, weil sie ja ein Mandat haben als Gewählte, aufgrund der Beratungen in ihren Gremien. Dies möchte ich als Stärke, nicht als Schwäche sehen. Es ist zweifellos ein Gewinn, daß solche Meinungsbildung mit einfließt in die Meinungsbildung im Zentralkomitee. Der Diözesanvertreter übt gewiß kein imperatives Mandat aus, aber er ist doch in dem, was er vertritt, Vertreter seiner Diözese. Wenn er sein Amt recht versteht, wird er auch Bericht erstatten über die jeweils kontroversen Punkte. Ist das „Veramtung“? Sicher muß auch das kritisch bedacht werden — trotz der Vorteile, die sich aus den „diözesanen“ Positionen im ZdK ergeben.

HK: Ein bekannter Kardinal, damals noch Bischof, hat das ZdK einmal einen „Spiralnebel“ genannt. Man hat dies sehr übel genommen. Müßte ein solches Gremium — mit den Verbänden und freien Initiativen als Basis — aber nicht sogar den Mut aufbringen, Spiralnebel zu sein?

Laurien: Genau genommen, ist „Spiralnebel“ ein hohes Lob, auch wenn es bestimmt nicht so gemeint war. Eher sollte ein Unnützein apostrophiert werden. Einer solchen Tendenz würde ich entschieden widersprechen. Aber ich würde auch sagen, das ZdK darf auf keinen Fall unter bischöfliche Oberleitung geraten, sondern hier muß — nicht gegen das Amt, aber auch nicht amtlich verfaßt — gesellschaftliche Initiative von katholischen Christen sichtbar werden. Nach meiner Erfahrung geht das durchaus. Wir

hatten in den letzten Jahren wohl alle etwas Sorge, wie es wird, wenn Verbände und Räte in dieser Weise aufeinandertreffen. Mindestens zweierlei ist sichtbar geworden. Die Laien aus den Verbänden und die Mitglieder aus den Räten der verfaßten Kirche begegnen einander; dadurch wird törichter Dualismus abgebaut. Und das zweite: in Sachfragen der Gesellschaft gibt es ein gemeinsames Votum. Die Fronten sind übrigens bisher noch nie nach dem Muster verlaufen: hier Räte und dort Verbände, sondern, wenn es sie gibt, „quer Beet“.

HK: Auch wenn es unhöflich ist, die beiden Elemente auseinanderzuidividieren, so konnte man doch gelegentlich hören, durch die Rätevertreter habe sich das beharrende Moment im ZdK und im deutschen Katholizismus insgesamt noch verstärkt...

Laurien: Dem möchte ich widersprechen. Es gibt unter den Rätevertretern sicher beharrende, aber auch vorpreschende Meinungen. Es geht wirklich nicht auf, Eigenschaften oder Zielsetzungen auf die beiden Gruppen zu verteilen. Aber zunächst noch etwas zum „Beharren“. Durch Reformsucht werden Reformruinen produziert und Menschen enttäuscht. Das Ergebnis ist dann Resignation. Nur wer ein bißchen beharrend vorangeht, geht wirklich voran. Sehen Sie sich einmal die Erklärungen — an denen allein kann man es ja messen — des Zentralkomitees in den letzten Jahren an. Beim § 218 herrscht, so meine ich, in allen Gruppen hohe Einigkeit, daß das Beharren das einzig Menschenwürdige ist, ohne daß ich auf der heutigen Fassung des Paragraphen beharren muß. Aber nehmen Sie zum anderen die Auseinandersetzung über Staat heute, zu der das ZdK diverse Male Stellung genommen hat, und nehmen Sie die Erklärungen des politischen Beirats. Wo ist da nur Beharrung? Da ist wache geistige Auseinandersetzung. Gewiß, im Bildungsbereich wurde bisher oft zu sehr nur „reagiert“. Schulen in kirchlicher Trägerschaft haben zwar oft die Chance des eigenen Weges wahrgenommen und fanden Anklang, weil dort ein Mindestkonsens über wünschbare Verhaltensweisen besteht, ohne den man im Grunde nicht erziehen kann. Nur: solche Leistungen sind fast lokal geblieben, sie wurden nicht in konzeptionelle umgewandelt oder zu einem Konzept weitergeführt. Ein Stück verlorener Chance, obwohl diese Chance im konkreten Tun wahrgenommen worden ist.

„Zusammenarbeit setzt Selbständigkeit voraus“

HK: Noch einmal zurück zu den Strukturfragen auf überdiözesaner Ebene. Hier scheint sich ja eine immer engere Bindung und Verschränkung zwischen der BK und dem ZdK: einmal auf der Ebene der Gremien, zum anderen im Bereich der Geschäftsführung, abzuzeichnen. Werden hier Strukturen der Mitverantwortung nicht zum kirchenamtlichen Getto?

Laurien: Zu dieser Frage habe ich eine sehr dezidierte Meinung. Ich habe sie auch schon in der Synode geäußert: Ja zur Zusammenarbeit des ZdK mit der Deutschen Bischofskonferenz in der Weise etwa, daß der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz und der Generalsekretär des Zentralkomitees sich in Fragen abstimmen oder daß die Beiräte des Zentralkomitees und der Bischofskonferenz in Sachkontakt sind. Aber ich halte es, um es ganz präzise zu sagen, für falsch, wenn aus der vorgesehenen Gemeinsamen Konferenz zwischen BK und ZdK ein Entscheidungsgremium würde. Nach meiner Überzeugung darf es nur eine Clearingstelle sein, weil anders ein Stück Freiheit, und zwar für beide Seiten, verschenkt würde. Denn die BK müßte dann plötzlich Rücksicht nehmen auf die politische Aktivität des Zentralkomitees, und das ZdK müßte Rücksicht nehmen auf das, was die Bischofskonferenz unter bischöflicher Verantwortung pastoral sagen kann. Selbst bei einem Thema wie dem § 218 hätte manche Erklärung, die das Zentralkomitee herausgegeben hat, so nicht und nicht zu dem Zeitpunkt erscheinen können, wenn diese Erklärung an die vorherige Zustimmung der Bischofskonferenz gebunden gewesen wäre. Wieviel größer würde die Abhängigkeit erst bei anderen Themen sein! So mancher, der von Einwirkung auf den Bischof träumt, scheint sich gar nicht im klaren zu sein, wie sehr er damit unter den Krummstab rückt. Zusammenarbeit auf dieser Ebene setzt Selbständigkeit voraus. Ich bedaure die schon erwähnte Stellungnahme der Deutschen Bischofskonferenz zum Synodenpapier „Verantwortung des ganzen Gottesvolkes für die Sendung der Kirche“ zu dieser Frage außerordentlich. Statt „Die Leitung obliegt dem Vorsitzenden der DBK gemeinsam mit dem Präsidenten des ZdK“ soll es heißen: „Der Vorsitz obliegt dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz.“ Damit wird aus Kooperation Unterordnung, die geistlich gewiß gilt, aber auch gesellschaftspolitisch? Damit ist ein Entscheidungsgremium konzipiert, in dem der Vorsitz eindeutig an die BK fallen müßte. Ich bleibe dabei: Beratung ist besser!

HK: Sie sagten Beratung und Clearingstelle. Das leuchtet sehr ein, wenn man die Frage auf die Bischofskonferenz bezieht. Aber brauchen wir, von einer solchen Clearingstelle abgesehen, nicht ein zentrales Beratungsgremium auf Bundesebene, eine Art Bundespastoralrat, wie er als nachsynodales Gremium einmal im Gespräch war und wovon nur noch die von Ihnen genannte gemeinsame Konferenz BK—ZdK übriggeblieben ist?

Laurien: Ich meine grundsätzlich nein. Wenn allerdings die Gemeinsame Konferenz als Entscheidungsgremium — mit bischöflichem Vorsitz — kommen sollte, halte ich einen Bundespastoralrat für unausweichlich. Ich würde das bedauern. Ich weiß, daß es hierzu sehr verschiedene Meinungen gibt und diese von der Diskussion in der Synode her bekannt sind. Nach meiner Meinung sollte es

eine Gemeinsame Konferenz geben, damit Aktivitäten abgestimmt werden können; aber es gibt Unterschiede in der Verfaßtheit von Kirche und Staat, in unserem Land zwischen den einzelnen Diözesen und der „Kirche“ auf Bundesebene und zwischen Ländern und Bund. Ich kann die Diözese nicht mit einem Land und die Geschäftsstelle der Bischofskonferenz nicht mit dem Bund vergleichen. Das zieht nicht, auch theologisch nicht. Viel wichtiger ist, daß es wirklich Beratung gibt und daß es in den Bereichen bzw. Kommissionen mehr Transparenz gibt. Wer z. B. in den Unterkommissionen der BK drin ist, das wissen *wir* zwar, aber das weiß sonst fast niemand. Mehr Transparenz also und möglichst keine „geheimen Kommandosachen“. Es sollte deutlicher werden, worüber dort beraten wird, und es wäre dafür zu sorgen, daß Tagesordnungen nicht so aussehen, daß in vier Stunden 45 Tagesordnungspunkte beraten werden. Schließlich: ich könnte mir durchaus zu einem bestimmten Zeitabstand wieder einmal eine Synode vorstellen. Aber daraus eine permanente Einrichtung machen zu wollen, führt zu unerträglichen Berufssynodalen. Die Belastung würde so groß, daß kaum jemand mit einem normalen Beruf sie auf Dauer auf sich nehmen kann, das Ergebnis wäre eine Funktionärskirche, die von uns sicher niemand will.

HK: Zu mehr Transparenz gehört wohl erst einmal die Lösung eines psychologischen Problems. Bischöfe bleiben, so hat man den Eindruck, nicht nur mehr als notwendig unter sich, sie scheinen oft auch ein Mindestmaß an Information zu scheuen.

Laurien: Sicher gibt es da psychologische Probleme. Wenn ich mir etwa vorstelle, daß die Deutsche Bischofskonferenz keinen eigentlichen Pressesprecher hat, und wenn ich auf der anderen Seite sehe, wie gut sich die Pressearbeit in der Synode entwickelt hat, dann zeigt das aber doch, daß die Bischöfe es auch anders könnten. Hintergrundinformation ist noch nicht selbstverständlich. Öffentlichkeit sollte nicht bloß als Gefahr, sondern als Chance verstanden werden.

HK: Das gilt wohl nicht nur in Richtung Presse, sondern betrifft die kirchliche bzw. bischöfliche Kommunikation insgesamt . . .

Laurien: Selbstverständlich. Aber immerhin gibt es — ich möchte mich vor Schwarz-Weiß-Zeichnungen hüten — auch schon den Fall, daß ein Bischof in einer Sachfrage für ein Papier, das zuletzt nur er allein zu vertreten hat, vorher Fachleute anspricht und um Stellungnahme bittet. Ich gebe aber zu, daß das noch lange nicht die Regel ist. Und ich würde bei einem Blick so über die Landschaft sagen: Man kann nur hoffen, daß wir bei Neuernennungen mit Bischöfen beschenkt werden, die kommunikationsfähig sind, weil das gerade heute ein Stück konkreter Nächstenliebe ist.